

## Auswilderung eines Dokumentaristen

### Eine Fiktion mit Hoffnungen

Peter Krieg

Vielen Dank für die Gelegenheit, Ihnen zu Beginn dieser Konferenz den Kollegen Knut vorzustellen, der zwar zur Zeit als verschollen gilt, aber wahrscheinlich im Netz-Untergrund an einer neuen Existenz und Identität bastelt. Knut ist ein wenig bekannter deutscher Dokumentarfilmer, dessen Werdegang ich Ihnen hier kurz schildern möchte, einerseits weil er recht typisch erscheint, andererseits aber auch als warnendes Beispiel für Dokumentaristen, die ihre eigenen Prämissen allzu ernst nehmen und das schützende Nest verlassen wollen.

Knut verstand den Dokumentarfilm getreu einer alten Branchentradition zunächst als eine Kunstform, die sich dem „Realen“ verpflichtet sah. Das Dokumentarische als Abbildung des „wahren Lebens“ prägte sein Selbstbild als einem „unabhängigen“, „objektiven“ und „kritischen“ Beobachter der Welt. Dieser kritische Wahrheitsanspruch musste schon prinzipiell mit anderen gesellschaftlichen Wahrheitsansprüchen kollidieren, vor allem mit dem der Politik. Als Hüter und Exekutive der Macht, aber damit auch als Bewahrer des Mythos ihrer Notwendigkeit und Legitimität sah die Politik bekanntlich im Film von Anfang an eine potentiell gefährliche Konkurrenz im Wettstreit um die öffentliche Meinungsbildung. Deshalb wurde der Film stets unter besondere staatliche Bewachung und Kuratel gestellt. Für die betroffenen Dokumentaristen bedeutete dies schon prinzipiell eine gewisse kritische Distanz zur Obrigkeit.

Knuts Vorstellung von Kunst im Allgemeinen und vom Dokumentarfilm im Besonderen war geprägt vom Prinzip der Freiwilligkeit: Er entwickelte seit frühesten Jugend eine tiefe Abscheu vor allen Formen des Zwangs und hielt es für ein zentrales Merkmal der Kunst, dem Prinzip des Zwangs und der Unterdrückung das Prinzip der Freiwilligkeit und der Freiheit entgegenzusetzen.

Dennoch waren seine Vorstellungen darüber, was Zwang und Unfreiheit ausmachten, zunächst eher konfus: Wie viele seiner Zeit- und Altersgenossen sah er etwa im Staat nicht so sehr eine Organisation des Zwangs, sondern vielmehr ein potentielles Instrument zur Durchsetzung besserer, freierer und sozial gerechterer Verhältnisse. In den richtigen Händen würde auch der Staat automatisch zu einem Mittel der Befreiung. So zumindest die Theorie.

Allmählich begann er aber hinter dieser Vorstellung einen prinzipiellen Widerspruch, ja eine gewisse Ironie zu entdecken: Der Zwang hatte die Tendenz, immer Zwang zu bleiben, egal, was der jeweilige Machthaber damit im Sinn führte. Und jeder Bereich des Lebens, der dem Zwang unterstellt wurde – durch Gesetz, Regulierung und Verordnung- wurde dadurch automatisch der Freiwilligkeit entzogen. Da sich die Bindungen der Menschen prinzipiell aber nur dann dauerhaft –also ethisch „nachhaltig“- erweisen, wenn sie auf Freiwilligkeit beruhen, also dem individuellen freien Willen folgen, hatte der immer umfassendere Zwang nicht etwa die beabsichtigte Wirkung, die gesellschaftlichen Bindungen zu stärken und so eine solidarische, moralische und gerechte Gesellschaft zu schaffen, sondern das genaue Gegenteil. Knut konnte beobachten, wie sich gesellschaftliche, familiäre und soziale Bindungen ebenso wie ethische und moralische Werte im Zuge ihrer staatlichen Zwangsimpementierung immer mehr auflösten.

Die Tendenz zur Verrechtlichung, also der Ordnung aller Dinge und Beziehungen durch positive Regeln und Gesetze, schien den Einzelnen zunehmend aus der eigenen Verantwortung zu entlassen und in der Folge auch eigener Lebens- und Überlebens-Strategien zu berauben. Knut fühlte sich

zunehmend wie der Insasse eines Zoos, in dem zwar eine wohlmeinende Verwaltung für weitgehend artgerechte Haltung, gesunde Ernährung, genügend Auslauf, medizinische Versorgung und geordnete Paarung sorgt, in dem die Insassen letztlich aber doch nicht ganz die Freiheit genießen, die man ihnen als „natürlich“ in der klassischen Theorie zubilligt. Dabei waren die Regeln und Einschränkungen keineswegs als Schikanen der Anstaltsleitung aufzufassen, sondern stets wohl begründet und notwendig zum Schutz der Insassen und daher auch in deren wohlverstandenen Interesse...

Das Grübeln über Freiheit und Zwang führte Knut in immer tiefere Konflikte und entfremdete ihn zuletzt auch seinen Kollegen. Das fing an, als er allen Ernstes darüber nachzudenken begann, ob denn seine eigene Existenz als Dokumentarfilmer nicht ebenfalls auf Zwang gründete: Die Mittel der öffentlich-rechtlichen Anstalten, die seine Filme zum größten Teil finanzierten, wurden ja als Zwangsgebühren von jedermann erhoben, der auch nur ein empfangsfähiges Gerät besaß, unabhängig davon, ob er es benutzte, ob er öffentlich-rechtliche Sendungen damit konsumierte oder sich gar speziell für Knuts Filme interessierte.

Auch die Fördermittel, die er aus Steuern erhielt, wurden ja keineswegs freiwillig entrichtet. Wie frei konnte er da selbst noch sein?

Berufsbedingt ein guter Beobachter, der auch nicht vor Selbstbeobachtung zurückschreckte, glaubte er bei sich und seinen Kollegen zudem einen schleichenden Prozess der „Verzoozung“ zu bemerken. Unter „Verzoozung“ verstand er das allmähliche Sich-Abfinden mit einem durchreglementierten Leben hinter Gitterstäben. Das tägliche Futter, die bequeme Unterbringung und die Enthebung von existentiellen Ängsten durch eine zwar strenge und allumfassende, aber eben auch vorsorgende und fürsorgliche Verwaltung ließen die Erinnerung an das freie Leben langsam verblassen. Die zunehmende Beschäftigung mit der freundlicheren Ausgestaltung der Gehege, dem politisch korrekten Umgang untereinander und einer ökologisch nachhaltigen Bewirtschaftung der Anlage hielten seine vitalen Instinkte beschäftigt, und zur Vorbeugung von Langweile organisierte die Direktion hin und wieder einen Alarm und rief eine drohende Katastrophe aus. Dann schoss das Adrenalin der Insassen wieder in die Höhe, alle engagierten sich wie ein Mann für die Rettung des scheinbar bedrohten Gemeinwesens und erneuerten so ihre Bindungen untereinander und an die Verwaltung. Mit jeder Krise festigte sich auch die Einsicht in die Sinnhaftigkeit und Legitimität der Anweisungen des Direktoriums.

Bei Knut allerdings stellten sich unerwartete Nebenwirkungen ein. Er begann über die Möglichkeit eines Lebens jenseits der Zoogitter nachzudenken. Statt sich auf kritische Diskussionen über die jeweilige personelle Besetzung der Verwaltung zu beschränken, was ja noch im Rahmen des demokratischen Selbstverständnisses geblieben wäre, oder ausführliche Debatten darüber zu führen, ob die Gitterstäbe nun rot, grün, gelb oder schwarz zu bemalen seien, was die Zooverwaltung in regelmäßigen Abständen durchaus zubilligte und auch ausführen ließ, sann er über seine eigene Auswilderung nach. Kurz, er stellte das Gitterprinzip insgesamt in Frage.

Nun gehört es zum Grundkonsens eines jeden demokratischen Staatswesens, dass Gitter notwendig sind. Sie gehören zu den „Rahmenbedingungen“, die zu setzen ja die eigentliche Aufgabe der Politik ist. Dieser Grundsatz galt zwar zunächst im Wesentlichen nur zum Schutz der elementaren Bürgerrechte, bezog sich also auf Justiz, Polizei und Landesverteidigung, erstreckte sich mittlerweile aber auch auf die Wirtschaft, die Kultur, die Wissenschaft, die Gesundheit, die Familie, die Kindererziehung, die Schule, die richtige Ernährung, die ausreichende Bewegung oder die artgerechte Haltung. Dadurch unterbindet der Staat sozial unzutragliche Gewohnheiten bis hin zum politisch unkorrekten Sprachgebrauch—und ermöglicht allen Bürgern eine geregelte und gesunde Teilhabe am Gemeinwesen. Und weil so allmählich jede Lebensäußerung von mindesten einer Gesetzesregel erfasst wird, kann man sich auch nicht mehr in einen sogenannten „Privatbereich“ verdrücken. Wo jeder in irgendeiner Form von staatlicher Seite Unterstützung erfährt, da kann, ja

muss der Staat auch darauf bestehen, dass mit dieser öffentlichen Unterstützung kein privater Missbrauch getrieben wird und entsprechende Kontrollen einrichten. Darüber herrscht Konsens.

Und gerade dieser Konsens wurde Knuts Problem. Er stellte das ganze Prinzip in Frage. Er hielt es, bitte verzeihen sie die harschen Worte, aber ich zitiere hier nur, für eine Form „moderner Despotie“, die er zunehmend unerträglich fand.

Konsens, liebe Kollegen, ist ein hohes Gut in der Demokratie, und wir alle tragen ja in besonderem Masse zum Konsens in der Gesellschaft bei. Die öffentlich rechtlichen Anstalten haben in langjähriger Erziehungsarbeit nicht nur weitgehenden Konsens nach außen, also bei den Hörern und Zuschauern erreicht, sondern auch nach innen, bei den Redakteuren, Filmemachern und freien Mitarbeitern.

Wir können stolz darauf sein, dass bei allen parteipolitischen Differenzen, grundlegende Positionen in unseren Filmen und Sendungen heute nicht mehr in Frage gestellt werden. Dazu gehört natürlich zuallererst unsere Verfassung, auch wenn der Souverän darüber bisher nicht selbst abstimmen durfte (zugegeben, ein Schönheitsfehler). Konsens herrscht zweifelsohne über die Demokratie selbst, als Herrschaftsform der Mehrheitsparteien.

Ferner über die Notwendigkeit staatlicher Intervention zur Erzwingung des Guten im Inland wie im Ausland. Keineswegs fehlen darf hier die Ächtung des Marktes als einer historisch überkommenen, aber eigentlich nie wirklich funktionsfähigen Veranstaltung, die vom Staat viel besser organisiert werden könnte, ganz besonders im Zeitalter der Globalisierung, und, damit verbunden, die Legitimität der zwangsweisen Enteignung in Form von Steuern auch gegen den Willen der Betroffenen. Dadurch ist es immerhin gelungen, dass heute nur 10 % der Steuerzahler 50% der Steuern aufbringen. Wir sollten es in diesem Zusammenhang vor allem unseren öffentlich-rechtlichen Medien hoch anrechnen, dass es ihnen in jahrlanger journalistischer Kleinarbeit gelungen ist, nicht die *Steuererhebung* zu einer moralisch fragwürdigen Sache zu machen, sondern den Versuch, staatlicher Enteignung zu entkommen. Anderorts diskutiert man ja noch, ob die Einkommenssteuer gegen die Menschenrechte verstößt - das verhindert bei uns gottlob der Konsens!

Auch das epochale Projekt eines multinationalen bürokratischen Imperiums namens Europäische Union wird zumindest in unseren Medien nicht in Frage gestellt, denn auf uns kann sich die Politik verlassen!

In diesem Zusammenhang muss auch ausdrücklich der aktuelle Klimakonsens erwähnt werden, demzufolge der Mensch die Schuld an der Klimaveränderung trägt und deshalb für einen planetarischen Großversuch abgestraft, umerzogen und zu drastischen Verhaltensänderungen gezwungen werden muss – was ja zumindest als Gehorsamsübung nie schaden kann, selbst wenn sich die ganze Theorie als falsch erweisen sollte.

Konsens herrscht in unseren öffentlich-rechtlichen Medien auch über Familienpolitik und die Notwendigkeit, dass der Staat sich so früh wie möglich der Erziehung der Kinder annimmt, da die Eltern als Steuerzahler der Gemeinschaft viel besser dienen können.

Konsens besteht schließlich auch darüber, dass Freiheit als ein Auswuchs des Neoliberalismus zu gelten hat, und deshalb nicht für alle, nicht für immer und schon gar nicht prinzipiell gelten kann. Wer diesen Konsens als „Gleichschaltung“ verunglimpft, der fliegt doch zu Recht aus jeder Sendung!

Leider gelingt es einigen privaten Zeitungsverlegern gelegentlich immer noch, dieses große Konsensprinzip zu durchbrechen. Hier sollte man vielleicht den Schutz, den sie dringend vor den Heuschrecken profitorientierter Finanzinvestoren brauchen, gleich auch dazu nutzen, sie ebenfalls

unter öffentlich-rechtliche Kuratel zu stellen, wie unser großer Staatsphilosoph Jürgen Habermas unlängst gefordert hat. Dann wäre der Konsens endlich perfekt und allumfassend.

Auch der Film einschließlich des Dokumentarfilms lebt gut von und mit dem Konsens. Die staatliche Filmförderung war noch nie so großzügig. Jeder Arbeitsplatz in der Filmbranche wird heute mit 5.000 Euro pro Jahr subventioniert. Das Geld ist gut angelegt! Aber wir sollten uns damit nicht bescheiden.

Unsere französischen Kollegen zeigen, wie es geht: eine grundgesetzliche Verankerung als „kulturelle Ausnahme“ – und schon sind wir die letzten Reste, viel ist eh nicht mehr da, des verabscheuungswürdigen Marktes los. Ein automatischer Mechanismus wie in Frankreich, der die Besucher erfolgreicher Filme zwangsweise zur Finanzierung der erfolglosen heranzieht - damit hätten wir unser eigenes, fast privates und dennoch vom Staat geschütztes Steuersystem. Dass der Staat für diese innovative Form des Medienkonkordats ein bisschen Dankbarkeit in Form von Konsens erwarten darf, ist doch nur recht und billig!

Zweifler wie Knut sind zuletzt dank solcher Alimentierungen isolierte und zu Recht geächtete Ausnahmeerscheinungen in Europa. Sie versuchen jetzt aber, durch das Internet neue Existenzmöglichkeiten jenseits der staatlich finanzierten, regulierten und kontrollierten Medien aufzubauen und zählen dabei vor allem auf das jugendliche Publikum, das aus unerfindlichen Gründen das klassische Fernsehen zu boykottieren scheint. Nicht nur wird ja das Publikum vor allem der öffentlich-rechtlichen Anstalten immer älter, das jüngere wandert dazu noch ins Internet ab. Dort tummeln sich in einem bisher weitgehend unregulierten Umfeld moralische wie politische Problemgestalten: eben die Neuen-Medien– Brunos.

Auch Knut will sich dort nun neu erfinden. Ob ihm das gelingt, ob er seine Knut-Existenz erfolgreich gegen eine Bruno-Existenz vertauschen kann, das muss sich erst noch zeigen. Eine solche Auswilderung steckt ja immer voller Risiken und Gefahren. Der weitgehend freie Markt, der dort bislang noch herrscht, widersetzt sich bisher leider hartnäckig einer vernünftigen, staatlich lizenzierten und parteipolitisch kontrollierten Ordnung.

Sollten die Brunos allerdings Erfolg haben, dann gerät nicht nur das öffentlich-rechtliche Prinzip mit seinen überaus angenehmen Subventionen und Förderungen in Gefahr, sondern auch alle, die mehr oder weniger davon abhängen.

Das bisher so durchschlagende Argument mit der öffentlichen-rechtlichen Grundversorgung gerät natürlich in Erklärungsnot, wenn sich niemand öffentlich-rechtlich versorgen lässt. Darum ist auch der Einfall unserer Anstalten, das Prinzip der Grundversorgung auf das Internet auszudehnen so genial: jetzt wird von jedem kassiert, der ein internetfähiges Gerät besitzt und keiner kann mehr seiner Gebührenpflicht durch Flucht ins Internet entkommen - die Öffentlich-Rechtlichen sind ja schon da. Dafür stellen wir doch gern unsere entsprechenden Filmrechte zur Verfügung!

Man kann natürlich einwenden, dass nach Artikel 5 des Grundgesetzes jeder das Recht hat, „seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern *und zu verbreiten*“. Alles Weitere regeln dann jedoch die Gesetze. Der unverantwortlich großzügige, aber glücklicherweise nebulöse Artikel 1 von der Unantastbarkeit der Menschenwürde wird so in den 45 Folgeartikeln schrittweise wieder aufgehoben. Dank dieser überaus praktischen juristischen Finte obliegt es schließlich den Landesmedienanstalten, durch Regulierung, Überwachung und selektive Zuteilung von Sendelizenzen der Meinungsfreiheit konkrete Form zu verleihen. Und wenn nun die gebührenfinanzierten Sender auch auf dem Internet tätig werden, dann findet ja auch dort offensichtlich Rundfunk statt. Und der bedarf generell behördlicher Beaufsichtigung. Eine Zensur findet nicht statt.

Für die Einordnung eines Internet-Dienstes als Rundfunk kommt es nach den Plänen der Medienanstalten dann nicht mehr nur auf technisch-quantitative Kriterien, etwa der elektronischen

Verbreitungswege an, wie noch die entsprechende EU-Regel vorsieht. Nein, in einem Kulturstaat wie dem unsern kann nur ein inhaltlich-qualitatives Kriterium wirken, nämlich die Meinungsrelevanz des verbreiteten Inhalts. Ein Dienst ist danach umso rundfunktypischer, je stärker die redaktionelle Gestaltung der Inhalte ist, je realitätsnäher die Inhalte präsentiert werden (hier sind besonders die Dokumentaristen angesprochen) und natürlich auch, je grösser seine Reichweite und seine gleichzeitige Rezeptionsmöglichkeit sind. Ein redaktionell gestaltetes Internet-Filmangebot mit etwa 500 gleichzeitig möglichen Abrufen wäre danach bereits Rundfunk und müsste entsprechend lizenziert und kontrolliert werden. Adieu, ihre Träumer vom freien Internet-Fernsehen!

Deutschland ist eben nicht einfach nur eine Kulturnation, deren Bewohner sich kulturell frei betätigen, es soll zumindest nach dem Willen der Kultur-Enquete-Kommission des Bundestages bald ein „aktivierender Kulturstaat“ werden. Wenn wir die Kultur demnächst ins Grundgesetz schreiben, was wir selbstverständlich alle wollen, dann leitet sich daraus ein konkreter Auftrag an die Politik ab. In den Worten der Enquete-Kommission:

„Der öffentliche Auftrag mündet daher in einen Kulturgestaltungsauftrag, der aktives staatliches und kommunales Handeln erfordert“.

Was man sich darunter im Bereich der Medien vorzustellen hat, illustrierte unlängst der Vorsitzende der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten im Hinblick auf die Programmgestaltung der Privatsender. Um diese vor möglichen Angriffen von Finanzinvestoren auch redaktionell zu schützen (den sizilianischen Erfindern des Schutzarguments sollte man ein Denkmal setzen!), schlugen die Landesmedienanstalten einen positiven „Leistungskatalog“ vor, der präzise inhaltliche „Erwartungen“ der Aufsichtsbehörden formuliert. Auch könne man einem Sender, der „publizistisch wertvolle“ Programme zeige, gewisse Privilegien in Aussicht stellen.

Der „aktivierende Kulturstaat“ entscheidet dann nicht nur, was publizistisch wertvoll ist und was nicht, sondern stellt auch gleich Leistungskataloge darüber auf, was er von seinen Kulturschaffenden erwartet.

Welch großartige Aussichten eröffnen sich damit dem Dokumentarfilm! Stellen wir uns vor: Jährlich werden vom Kulturausschuss des Bundestags, vom Kultur- und Medienbeauftragten der Bundesregierung, von den Kultusministern der Länder und anderen Kulturbehörden publizistisch wertvolle Themen und Stoffe identifiziert, die dann per Ausschreibung an Dokumentarfilmer vergeben werden. Abgewickelt wird das ganze von den bewährten Gremien der Filmförderung, die dann als Verwaltungsbehörden dieser „gesellschaftlichen Auftragsproduktionen“ fungieren könnten.

Das wäre doch endlich der neue „New Deal“, den ja auch unser Bundesumweltminister immer fordert. Im amerikanischen New Deal der dreißiger und vierziger Jahre wurden bekanntlich auch Fotografen und Filmemacher im Auftrag der Regierung durchs Land geschickt, um die Fortschritte der staatlichen Programme der Armutsbekämpfung und Arbeitsbeschaffung zu dokumentieren.

Mit einer direkten Verankerung des Dokumentarfilms im Grundgesetz ließe sich sogar mühelos eine Verpflichtung des Staates zur fortlaufenden Dokumentation seiner Segnungen etablieren. Einwänden, dies würde zu einem unkontrollierten Anwachsen der Dokumentarfilmbranche führen, weil sich dann jeder als Dokumentarfilmer bezeichnet, der eine Kamera halten kann, könnte auf bewährte Weise, etwa durch Pflichtmitgliedschaft in einer Bundesdokumentarfilmkammer begegnet werden, in die nur hineinkommt, wer eine lizenzierte Ausbildung durchlaufen und eine staatsbürgerliche Gesinnungsprüfung bestanden hat. Die Demokratie könnte ja sonst ihre Feinde finanzieren!

Ich möchte auch gleich vorsorglich auf Kritiker antworten, die meinen, dass hätten wir alles schon mal gehabt... Das mag wohl sein, aber es kommt doch immer auf das Vorzeichen an- schließlich lässt sich bei uns alles demokratisch legitimieren!

Die romantische Vorstellung vom freien und unabhängigen Dokumentarfilmer jedenfalls, der eine prekäre Künstlerexistenz ohne staatliche Regulierung und Kontrolle einer allseits gesicherten Existenz in geordneten, regulierten und subventionierten Bahnen vorzieht, passt einfach nicht mehr in unsere moderne europäische Medienlandschaft der Public-Private-Partnerships.

Wir könnten die Nörgler aus dem Bruno-Lager als Steinzeit-Dokumentaristen rechts liegen lassen, wenn sie nicht unter den neuen Möglichkeiten des Internets einen permanenten Störfaktor, ja eine potentielle Gefahr bilden würden: Schon die Vorstellung, der freie Markt des Internet mit seinen anarchischen Ordnungsstrukturen, in denen sich Verhaltensregeln und Normen selbstorganisatorisch von unten herausbilden anstatt vernünftigerweise von oben dekretiert zu werden, könnte von einer unbedarften Öffentlichkeit dahingehend missverstanden werden, dass Ordnung auch auf dem Wege eines freien Marktes und durch freiwillige Kontrakte zwischen Konsumenten und Produzenten entstehen könnte.

Welch eine perverse Vorstellung! Was, bitte schön, wird dann aus uns? Wer wird unsere Filme bezahlen? Wer unsere Existenz absichern? Was würde aus *unserer* Freiheit? Wir würden zu Spielbällen des Marktes, wir müssten unsere Filme auf ein Publikum ausrichten, das wir weder kennen noch kennen wollen – und umgekehrt! Ein Alptraum...

Darum muss solchen Tendenzen energisch vorgebeugt werden. Unsere Sende- und Medienanstalten, aber auch unsere Verbündeten in den Parteien und Parlamenten haben glücklicherweise erkannt, dass solch medialer Wildwuchs nur durch konsequente Regulierung des Internets im Geiste der bewährten Mediengesetze verhindert werden kann.

Dabei wollen wir nicht abseits stehen. Lassen Sie mich kurz an drei Beispielen erläutern, wie Dokumentarfilm und Politik im Rahmen des aktivierenden Kulturstaats besonders innig kooperieren könnten:

Wir sind heute weitgehend ein Volk von Konsumenten. Nun folgt die klassische Ökonomie der Annahme, in einem freien Markt würden allein die Konsumenten durch ihre Kaufentscheidungen darüber bestimmen, was, wo, wie, in welcher Menge und Qualität produziert wird. Danach wären also die Konsumenten am Ende der Kette die eigentlichen Direktoren der Wirtschaft. Obwohl wir uns von solchen unsinnigen Vorstellungen glücklicherweise längst verabschiedet haben, die ja unterstellen, dass der freie Markt mit seinem ungezügelter kapitalistischer Wettbewerb die eigentliche Demokratie sei, weil dort jeder über so gut wie alles mit dem Geldbeutel abstimmen könne, so kann das für die Politik nur bedeuten: der Konsument muss umso besser erzogen werden!

Wir sehen doch, dass der freilaufende Konsument sich permanent falsch verhält, dass er seiner eigensinnigen, privaten und selbstsüchtigen Rationalität folgt, anstatt der übergeordneten Rationalität des großen Ganzen, die sich in der Politik manifestiert. Diese bemüht sich ja, durch konsequente Besteuerung dem Konsumenten wenigstens die Mittel und damit die Souveränität über sein Konsumverhalten so weit wie möglich zu entziehen und sie stattdessen gezielt und gemäß überlegener staatlicher Vernunft einzusetzen. Da liegt ja auch durchaus der Gedanke nahe, dem Individuum nur noch ein einheitliches Taschengeld als „Bürgergeld“ zu überlassen, mit dem er sich dann ja immer noch den Anschein des freien Konsumenten erhalten kann.

Hier erwartet den Dokumentarfilm eine große medienpädagogische Aufgabe. So wie der Landwirt heute für die Landschaftspflege honoriert wird, so sollte auch der Dokumentarfilm für die allgemeine Bewusstseinspflege bezahlt werden. Der Staat beklagt ja heute völlig zu Recht, dass die Konsumenten zu viel essen und dann auch noch das falsche, sich zu wenig bewegen, zu große Autos fahren und dann auch noch zu schnell, zu viel ausländische Billigware konsumieren und zu wenig aus heimischer Produktion – kurz, wir sind aufgerufen, endlich das richtige Bewusstsein und damit ein einheitliches, politisch korrektes und staatlich sanktioniertes Verhalten durchzusetzen. Wer könnte das besser als

der Dokumentarfilm? Das Internet wäre die ideale Plattform, um auch junge Konsumenten mit dieser Botschaft zu erreichen.

Denn wer den Bürger vor sich selbst schützen will, muss mit der Jugend beginnen. In der sozialen Demokratie verschmelzen bekanntlich die väterliche und die mütterliche Rolle im vorsorgenden und fürsorgenden Sozialstaat zu einer allumsorgenden Einheit. Nicht nur die Kinder, auch die Bürger sollen sich in der Pflugschaft des Staates geborgen fühlen.

Stoßen Sie sich jetzt bitte nicht daran, dass das Grundkonzept des Vorsorgestaats schon 1933 von Professor Forsthoff unter damals ganz anderem Vorzeichen entwickelt wurde - das mit dem Vorzeichen hatten wir doch geklärt.

Stören Sie sich auch nicht daran, dass er dies schon damals als Einstieg in den „totalen Staat“ ankündigte. Wir alle wollen doch den totalen Staat – natürlich unter demokratischem Vorzeichen, als „total guten Staat“, sozusagen.

Deshalb gibt es nichts Schlimmeres für die Politik als einen rechtsfreien Raum, in dem, salopp gesagt, der Staat nichts zu sagen hat und auch niemanden schützen kann. Leider ist vor allem das Internet noch immer ein solcher Raum, wie auch der SPD-Abgeordnete Wiefelspütz ganz richtig erkannt hat:

*"Das Internet ist ein neuer Raum, die vierte Dimension, eine Welt, in der Menschen leben, lieben, sich wirtschaftlich betätigen...Diese Welt sollte sich auch im Grundgesetz wiederfinden als ein Raum der Freiheit."*

Auch der CDU-Kollege Göbel - beide übrigens Juristen- ist dieser Meinung:

*"Das Grundgesetz ist auf einen Zustand abgestellt, der das Internet nicht berücksichtigt...Wir brauchen die Erweiterung des Grundrechtsschutzes in der virtuellen Welt (...) wir brauchen es, wissen aber noch nicht wie (...) Unser Ansatzpunkt ist die aktuelle Frage der Online-Durchsuchung".*

Wir können also beruhigt darauf vertrauen, dass auch im Internet bald überwachte und durchsuchbare Verhältnisse herrschen, die dafür sorgen, dass die Brunos in den allgemeinen Konsens eingebunden werden, noch bevor sie Schaden anrichten können.

Angesichts solch umfassenden Konsenses in Staat, Politik und Medien können wir den „langen Marsch durch die Institutionen“, der ja offiziell vor 40 Jahren begann, heute im Sinne des historischen Vorbilds als abgeschlossen betrachten und stolz sagen: „Wir sind angekommen. WIR sind jetzt die Institutionen“. Wir sind nicht nur die Knuts von heute, wir stellen auch die Zoodirektion!

Die vereinzelt ausgewilderten Knuts, die nun als Problem-Brunos durch das Internet geistern und die weltfremde Auffassung vertreten, Zwang sei prinzipiell kein legitimes Mittel zur Finanzierung der Kunst – sollten lieber einmal in die Geschichtsbücher sehen. Viele der großen Kunstwerke des Feudalismus verdanken wir doch nicht freiwilligen Spenden der Bürger, sondern den durch Steuern und Kriege gewaltsam aufgefüllten Schatullen absoluter Monarchen und Fürsten. Sind sie deshalb weniger wertvoll? Am Feudalismus kann also wohl nicht alles falsch gewesen sein. Zumindest zur Finanzierung der Kunst eignet sich sein Prinzip – natürlich demokratisch legitimiert- auch heute noch!

Hüten wir uns also vor den falschen Propheten der Freiheit, die perverserweise die Menschenrechte im Eigentumsrecht begründen wollen – und damit die für jede Demokratie so wichtige Sozialbindung des Eigentums in Frage stellen, die doch Grundlage jeder zwangsweisen Besteuerung und staatlichen Konfiskation ist, von der wir schließlich leben!

Lassen wir uns auch nicht von ihrer Polemik gegen den Konsens –das böse Wort vom Schweigekartell ist sogar gefallen- in den öffentlich rechtlichen Medien irritieren.

„Wo alle dasselbe denken, denkt keiner mehr“ behaupten sie. Wir leben vom Konsens, liebe Kollegen, wir wollen gar nicht, dass auch anders gedacht wird. Das brächte uns nur alle in Gefahr! Wir sind heute Teil des politischen Konsensapparats. Wir *machen* den Konsens, ja, wir *sind* der Konsens!

Die Brunos wollen uns einreden, wir seien Opfer der Political Correctness. Mitnichten! Wir haben sie doch selbst erfunden!

Die Brunos bemängeln, wir würden politisch inspirierte Katastrophenängste schüren, um die Bevölkerung zur Herausgabe von noch mehr Steuern und Abgaben zu bewegen und ihnen noch mehr Regulierung schmackhaft zu machen. Ich bitte Sie: davon leben wir doch! „Das Sein bestimmt das Bewusstsein“ wusste schon Altvater Marx. Im Volksmund heisst das schlicht: „wes' Brot ich ess', des Lied ich sing“.

Die Brunos machen daraus: „Wie man sich embedded so lügt man“ – aber Lüge setzt voraus, das man nicht an das glaubt, was man sagt. Wir, die Knuts im öffentlich-rechtlichen Zoo, glauben längst fest an die allein seeligmachende Wahrheit der Macht. Wir wollen gar nicht mehr in die Wildnis der Märkte, der kalte Wettbewerb, die Anarchie der Meinungen, ist uns ein Graus! Dem warmen, geordneten und fürsorglich-invasiven Staatsgehege gehört die Zukunft! Wir lassen uns auch gerne von Ministern adoptieren!

Hinter uns stehen 7 Milliarden verlässliche Gebühren der öffentlich-rechtlichen Anstalten. Dazu eine steuer- und abgabenfinanzierte Filmförderung von rund einer viertel Milliarde. Darauf kann man doch eine Zukunft bauen.

Und was haben die Brunos? Die vage Aussicht, mithilfe von YouTube noch für eine kurze Weile kleine, freie Portale einzurichten, die im Erfolgsfall ein paar Google-Werbedollars abwerfen! Dieses Risiko! Diese Mühen!

Zugegeben, man spart sich das Ausfüllen seitenlanger Anträge. Man kann filmen wo, was und wie man will und nicht nur da, wo die Fördermittel grade herkommen. Man kann über Stoffe und Inhalte selbst entscheiden und ist nur dem Publikum verantwortlich.

Wir dagegen sind nur den Gremien verantwortlich, wir brauchen gar kein Publikum! Das ist doch wesentlich kalkulierbarer und überschaubarer.

Diese harmonische Welt kommt jetzt durch das Internet und die Brunos, die sich darauf herumtreiben, in Gefahr. Deshalb müssen wir einmal mehr zusammenhalten, müssen gemeinsam mit den Parteien, mit den öffentlich-rechtlichen Sendern, mit den Medienanstalten, mit Filmförderung, Filmkritik, Staat, Regierung, EU-Behörden, internationalen Kultur-Organisationen und allen anderen Regulierungsfreunden dafür sorgen, dass unsere Welt geordnet bleibt und nicht einem anarchischen Internet geopfert wird. Im Interesse des Guten müssen auch diesmal die Kräfte des Zwangs über die Kräfte der Freiheit triumphieren!

In diesem Sinne wünsche ich der Konferenz Konsens und Erfolg.

© Peter Krieg 2008 – Nachdruck mit Genehmigung des Autors. Kontakt: [kriegpeter@aol.com](mailto:kriegpeter@aol.com)